

Wohnbau: Stadt und FDP stellen Strafanzeige

Mehrmonatige Prüfung

Borkum/kp - Nachdem die prekäre finanzielle Lage der städtischen Wohnbau seit einiger Zeit bekannt und intensiv diskutiert wurde, haben jetzt sowohl die Stadt, als auch die insulare FDP Strafanzeige gestellt. „Die Anzeige der FDP ist uns bekannt“, so Bürgermeisterin Kristin Mahlitz gegenüber unserer Zeitung. „Zeitgleich wurden von Seiten der aktuellen Geschäftsführung der Wohnbau die hausinternen Untersuchungsergebnisse an die zuständigen Ermittlungsbehörden zur rechtlichen Würdigung übergeben“, sagte Mahlitz abschließend. Der Vorsitzende der Borkumer FDP, Fokke Schmidt jr., teilte unserer Zeitung in einer Pressemitteilung mit, dass der Vorstand der FDP Borkum auf seiner letzten Sitzung beschlossen habe, in Sachen Wohnbau nunmehr die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Intensive Prüfung „Nach intensiver Prüfung der uns vorliegenden Unterlagen und nach Rücksprache mit unserem Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht haben wir beschlossen, dass dieser in unserem Auftrag eine Strafanzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft einreicht“, so der Vorsitzende des Ortsverbandes. „Nach mehrmonatiger Prüfung mussten wir leider feststellen, dass mittlerweile eine Vielzahl von Anhaltspunkten für ein möglicherweise strafrechtlich relevantes Verhalten der Beteiligten vorliegt. Vor diesem Hintergrund haben wir unseren Rechtsanwalt gebeten, die Strafanzeige nunmehr einzureichen, was zwischenzeitlich geschehen ist. Die Einschaltung der Ermittlungsbehörde ist die logische Konsequenz aus der im Oktober gemachten Ankündigung der FDP, die Vorgänge rund um die Wohnbau Borkum intensiv zu prüfen.“, so Fokke Schmidt jr. Mehrere 10.000 Euro „Nach den bis dato bekannten Tatsachen müssen wir davon ausgehen, dass ein Schaden von mehreren 10.000 Euro verursacht worden ist, ohne, dass bis dato irgendjemand die Verantwortlichen dafür zur Verantwortung gezogen hätte. Diese Erkenntnis hat die Insel- Liberalen nunmehr zum Handeln gezwungen, um endlich Licht ins Dunkel zu bringen“. Weiter sagt Schmidt jr., dass „es nicht sein kann, dass in einem Fall Brinkmann, wo ein deutlich niedrigerer Schaden entstanden sein soll, die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wird und in der Angelegenheit Wohnbau, wo offenkundig erhebliche Schäden seit Jahren verursacht wurden, keine Konsequenzen ergriffen werden“. Der Vorstand der Borkumer FDP hofft, dass im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und zukünftig ein derartiges Verhalten nicht mehr toleriert wird.